

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Abgeordnete Detlev Schulz-Hendel und Imke Byl (Bündnis 90/Die Grünen)

Kostenloser ÖPNV: Will die Landesregierung kostenlosen ÖPNV erproben?

Anfrage des Abgeordneten Detlev Schulz-Hendel und Imke Byl (Bündnis 90/Die Grünen) an die Landesregierung, eingegangen am [REDACTED]

Aufgrund drohender Klagen der EU-Kommission im März 2018 vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) plant die Bundesregierung kostenlosen ÖPNV in fünf Städten zu testen. Das schrieben laut dpa und dem Magazin Politico vor wenigen Tagen Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD), Verkehrsminister Christian Schmidt (CSU) und Kanzleramtschef Peter Altmaier (CDU) an EU-Umweltkommissar Karmenu Vella. Die fünf „Modellstädte“ sollen laut Presseberichten Bonn, Essen, Herrenberg (Baden-Württemberg), Reutlingen und Mannheim sein.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Sind auch in Niedersachsen durch die Landesregierung Modellstädte für die Erprobung von kostenlosem ÖPNV geplant? Wenn ja, welche und ab wann?
2. Wenn ja, durch welche Maßnahmen sollen die prognostizierten sich stark erhöhenden Fahrgastzahlen im ÖPNV nicht zu einer Überforderung der ÖPNV-Unternehmen, ihrer Busse und Bahnen und deren Mitarbeiterschaft führen?
3. Welche Unterstützungsmaßnahmen plant die Landesregierung an dieser Stelle?
4. Welche Städte sind nach Wissen der Landesregierung bundesweit im Gespräch Modellstädte für kostenlosen ÖPNV zu werden?
5. Sind aus Sicht der Landesregierung Modellstädte für kostenlosen ÖPNV eine kurzfristige oder mittel- bis langfristige Maßnahme zur Reduzierung von Luftverschmutzung in Städten?
6. Wie steht die Landesregierung generell zur Idee eines landes- bzw. bundesweiten kostenlosen ÖPNV?
7. Wie sollen die Attraktivität und das Angebot von ÖPNV in Niedersachsen gesteigert werden?
8. Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung um gleichzeitig auch das Angebot an die gestiegenen und weiter steigenden Fahrgastzahlen anzupassen?
9. Welche finanziellen Auswirkungen für die Kommunen und das Land prognostiziert die Landesregierung für einen landesweiten kostenlosen ÖPNV?
10. Wie würden die Mindereinnahmen der Verkehrsbetriebe und der Kommunen durch das Land kompensiert? Wie stellt sich die Landesregierung die finanzielle Beteiligung des Bundes in dieser Frage vor?
11. Wann und in welcher Form hat die Bundesregierung ihren Brief an EU-Umweltkommissar Vella mit der Landesregierung abgestimmt?

(Verteilt am [REDACTED])